

Jüdische Zeitung

Wochenblatt für die gesamten Interessen des Judentums

Abonnement durch alle Postanstalten
Postscheckkonto Leipzig Nr. 10979

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. Jacques Adler, Leipzig
Redaktion und Expedition: Keilstr. 4 Tel. 10211

Abonnementspreis
für das 1. Quartal 1924:
2,— Goldmark.

Nummer 5

Leipzig, 3. Februar 1924

3. Jahrgang

Chronik der Woche

„Das arbeitende Erez Israel ist geeignet, der Welt in ihrem Kampf für soziale Gerechtigkeit als Muster zu dienen“ (Ramsay MacDonald in den Aufzeichnungen über seine Palästina-Reise).

Der Hapoel Hamizrachi hat in der Tschekoslowakei und in Wien mit großem Erfolg eine Sammlung von Werkzeugen und landwirtschaftlichen Geräten für die misrachistischen Arbeiter in Palästina durchgeführt.

In Wien ist ein Hilfskomitee der vereinigten jüdischen Bethäuser und Körperchaften für die notleidenden Juden in Deutschland gegründet worden, dessen Hauptaufgaben die Mittelstandshilfe und die Unterstützung wirtschaftlich bedrängter Kultusbeamten und Lehrer sind.

Um das jüdisch-religiöse Leben in den Kolonien und Kuzoth zu fördern, ist in Jerusalem ein Komitee gegründet worden, das für die Siedlungen Schodim anstellt und die Siedler mit Meisoth, Sidarim und Maschorim versorgt.

In Kowno starb der bekannte hebräische und jüdische Schriftsteller Dr. Josef Eliahow (Baal Nachschewoth). Jüdisch-literarische Kreise beabsichtigen die Herausgabe seiner gesammelten Werke.

Jüdische Gemeindefragen.

Für die im März bevorstehende Leipziger jüdische Gemeindevahl sollen diese Ausführungen die Basis der sachlichen Aussprache schaffen.

Die Position des deutschen Judentums hat in den letzten Jahren auf verschiedenen Gebieten eine bedenkliche Verschlechterung erfahren. Politisch durch die anwachsende Macht des Antisemitismus, der zu schmachvollen Exzessen geführt hat und in Bayern Regierungssystem geworden ist. Wirtschaftlich durch die Konzentrationsbewegung und durch die Folgen der Geldentwertung, die weite Kreise der breiten jüdischen Mittelschicht expropriert und ihrer Selbständigkeit beraubt und die jüdischen Angestellten und freiberuflich Tätigen proletariert hat. Kulturell durch die nachrevolutionäre Kirchen- und Schulgesetzgebung verschiedener deutscher Länder, die namentlich in der Frage des jüdischen Unterrichts der Entfremdung der Jugend vom Judentum freien Raum gegeben hat.

Den Rückgang an sozialem Ansehen, die wirtschaftliche Entkräftung, den geistigen Verfall aufzuhalten, mag im einzelnen verschiedene Organisationen des deutschen Judentums beschäftigen — Abwehrverbände, Wohlfahrtsvereine, Kulturinstitutionen —, ist aber in der Gesamtheit schließlich Aufgabe der Instanz, die allein autoritativ das deutsche Judentum nach innen und außen vertritt, der jüdischen Gemeinden. Diese Forderung bedeutet nicht, daß nun sämtliche gemeinnützige Arbeit, die bisher von Privaten oder Vereinen geleistet wird, schablonenmäßig bürokratisiert werden soll. Es handelt sich nur darum, daß die Leitung, insbesondere der Großgemeinden, die Führung aller wichtigen Aktionen übernimmt und für die notwendigen administrativen Arbeiten ihren Verwaltungsapparat verfügbar macht. Durch das erste wird das Durcheinander und die gegenseitige Schädigung der Aktionen vermieden und ein planmäßiger Zusammenhang erzielt, durch das zweite die Stetigkeit des Geschäftsganges geschaffen, die der freien Vereinsfähigkeit erfahrungsgemäß zu fehlen pflegt. Die richtige Arbeitsteilung zwischen den beamteten Organen und den freiwilligen Helfern ergibt sich bei gutem Willen in der Praxis sehr schnell.

Die Auffassung vom Wesen unserer jüdischen

Gemeinden, die diesen den ganzen Komplex jüdischer allgemeiner Interessen als Arbeitsbereich zuweist, begegnet heute kaum noch einem ernst zu nehmenden Widerspruch. Seit jeher sorgten unsere Gemeinden nicht nur für Gottesdienst, Religionsunterricht und Ritualien, sondern betrieben auch Wohlfahrtspflege und stützten das Ansehen des Judentums durch geeignete Maßnahmen nach innen und außen. Heute kommt es nur darauf an, das Bestehende in ein zeitgemäßes System zu bringen und zweckentsprechend zu ergänzen, einmal deshalb, weil die Notlage sich außergewöhnlich verschärft hat, so daß private Initiative nicht mehr genügen kann. Ferner deshalb, weil die jetzt eingeführte Goldmarkbesteuerung der Gemeindeglieder zwecks Aufrechterhaltung des Verwaltungsapparates nur durch dessen intensivste Ausnutzung im Dienste der großen aktuellen Aufgaben zu rechtfertigen ist. Schon im Interesse dieser Aufgaben darf an einen Abbau der Gemeinden, Einschränkung auf einen Minimalapparat und ein Minimum von Agenden gar nicht gedacht werden. Aus einem sehr einfachen Grunde: Die öffentlich-rechtliche Steuerhoheit unserer Gemeinden ist die einzige Möglichkeit zur Finanzierung wichtigster gemeinnütziger Maßnahmen, bei deren Kostendeckung das System freiwilliger Beiträge erfahrungsgemäß heute mehr oder weniger versagt. Nur auf dem Weg über zeitgemäß bemessene Gemeindesteuern ist das erforderliche Geld für den Fortbestand notwendiger Einrichtungen herbeizubekommen. Die scharf erhöhte Finanzforderung der Gemeinden an ihre Mitglieder setzt selbstverständlich eine demokratische Gemeindeverfassung, sowie eine Handhabung der Geschäfte voraus, die alle dazu willigen und fähigen Menschen zur Mitarbeit heranzieht. Sowie über das allgemeine Problem, inwieweit die jüdischen Gemeinden in der Gegenwart Träger der jüdischen Gemeinschaftsinteressen sein sollen.

Was die einzelnen Fragen betrifft, die den Gemeinden heute zur Bearbeitung vorliegen, so dürfte, den traurigen Zeitverhältnissen entsprechend, der staatsbürgerliche und soziale Interessenschutz besondere Aufmerksamkeit verlangen. Die Vermutung ist leider, nach den Erfahrungen in Bayern, nicht ganz unbegründet, daß die öffentliche Verwaltungspraxis sich vielfach wieder auf antisemitische Maximen einstellen wird, wie wir dies aus der Vorkriegszeit zur Genüge kennen. In Betracht der klaren verfassungsrechtlichen Normen wird es sich mehr um eine Taktik der kleinen Nadelstiche und um Drangsalierung von „Ausländern“ handeln. Allen solchen Verboten rechtzeitig autoritativ als zuständige jüdische Vertretung zu opponieren, ist eine Aufgabe jüdischer Gemeinden, der man nicht länger noch ausweichen darf. Schweigendes Dulden verschlimmert nur die Lage. Der Abwehr nach außen, wofür — mutandis mutatis — die Interessenwahrung im Handel und Industrie durch die Handelskammern vorbildlich sein konnte, muß die Einwirkung auf die Gemeindeglieder parallel gehen, alles Unpassende und Aufreizende in Wesen und Tun zu unterlassen. Die jüdische Gesamtheit hat in den letzten neun Jahren von allen Völkern die schwersten Verluste an Menschenleben, Volksgeundheit und Wirtschaftskraft erlitten; so sollten denn die Juden auch die ersten mit sein, die die innere Leere des modernen „High life“, oder was Parvenüs dafür halten mögen, ernstlich mit der schlichten Haltung einer arbeitenden Generation des Wiederaufbaues vertauschen, übrigens die Wesenrichtung, die der Zionismus schon seit Jahrzehnten dem jüdischen Menschen einzuprägen sucht.

Breitesten Raum beansprucht gegenwärtig in der Gemeindetätigkeit die wirtschaftliche Hilfsfähigkeit. Es handelt sich dabei nicht nur um die zweckmäßigste Art der Fürsorge für die verschiedenen Kategorien von Hilfsbedürftigen, sondern vor allem um eine prophylaktische Wirksamkeit. Die große Zahl der jüdischen Erwerbslosen, stellunglos ge-

wordener Arbeiter und Angestellten sowohl als auch existenzlos gewordener Kleinhändler und Vermittler, läßt eine Aufgabe erkennen, die durch Wohltätigkeit allein nicht zu lösen ist. Da unter den komplizierten Lebensverhältnissen mittel- und westeuropäischer Großstädte ein „Luftmenschen“-Dasein, wie es das primitive Nilien des Ostens noch zur Not gestattet, ganz unmöglich ist, muß die Abwanderung in andere Berufe und andere Wirtschaftsgebiete ermöglicht und geregelt werden. Nur so ist auch eine Demoralisierung, eine Kriminalität aus Not, zu verhindern. Den Gemeinden bietet sich hier im Zusammenwirken mit dem Jüdischen Arbeiterfürsorgeamt in Berlin eine Aufgabe, die nicht vernachlässigt werden darf. Berufsumstellung mit entsprechendem Arbeitsnachweis, sowie Auswandererfürsorge sind die entsprechenden praktischen Fragen. Es wird gut sein, wenn man hierbei die von der deutschen Wirtschaftskrise aus Stellung und Existenz Geschleuderten nicht als willenslose Objekte der Caritas behandelt, sondern ihnen durch Vertrauensleute eine Mitwirkung an den Hilfsmahnahmen einräumt, dem traditionellen demokratischen Geiste des jüdischen Gemeinschaftslebens entsprechend. Von der Auswandererfürsorge und Berufsumsichtung aus dürfte es für weitblickende Gemeindeleitungen nur ein Schritt sein, um endlich auch eine positive Einstellung zum Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina zu gewinnen, die nach dem Urteil eines Fachmannes wie Dr. Michael Traub („Jüdische Wanderungen“, Jüdischer Verlag, Berlin 1922) für die nationalpolitische Lösung des jüdischen Wanderungsproblems überaus wichtig ist, wie sie auch im Allgemeinen die Diskussion der Judenfrage auf eine neue Plattform bringt.

Den jüdisch-kulturellen Notstandsfragen können die Gemeinden, wie es ihre Pflicht ist, nur gerecht werden, wenn sie sich der Aufgabe der jüdischen Jugenderziehung von ganzem Herzen annehmen, ohne sich auf das dürftige Minimum einer — zumeist vom Schulzwang freien — Religionsunterweisung zu beschränken. Die jüdische Volksschule ist die erste Vorbedingung für den Fortbestand eines geistig lebendigen deutschen Judentums, das im Kreise der jüdischen Volksgemeinschaft eine starke eigene Individualität vorstellen soll. Abwehrpolitik und Wohlfahrtspflege allein ergeben noch kein jüdisches Gemeinschaftsleben. Judentum ist Lebenspraxis, Resultate aus Weltanschauung, historischem Bewußtsein und Charakter.

Rabatal.

Ein Radwort zum Palästinafilm.
Von Adolf Pollak.

Für das Wunder, das sich vor unseren Augen in Palästina vollzieht, fehlte den meisten von uns der rechte Sinn. Haben uns die Jahre der Not und des Leidens so abgestumpft, oder wird die Verwirklichung hoher Ideale und kühner Träume immer zu etwas Alltäglichem? Was Theodor Herzl, gleich einem zweiten Moses, nur von der Ferne sah, wir erleben es in unseren Tagen. Sein kühner Traum erhebt sich zur Wirklichkeit, Altneuland entsteht.

„Haifa 1923“ und „das blühende Land“ schildert Herzl in seinem Zukunftsroman, der kein Märchen geblieben ist, weil wir es wollten! Wer mit offenen Augen heute durch Palästina reist, kann sich an unzähligen Beispielen davon überzeugen.

Ein glücklicher Zufall wollte es, daß ich in diesem Jahre Palästina zum erstenmal besuchen durfte, und von den vielen unvergesslichen Eindrücken, die ich während eines mehrwöchigen Aufenthaltes dort empfangen habe, hat nichts stärker auf mich gewirkt als das Haifa von 1923 und das blühende Land auf der Reise nach Tiberias. Als ich dann, nach vollendeter Reise, wiederum einmal zu „Altneuland“ griff und dort die wunderbare Schilderung las, die der Träumer und Tatmensch Herzl von dem Zustand dieses herrlichsten Teiles unseres Landes gibt, wie er sich ihn 1923 — nach